



## Inhalt

Vorwort	S. 3	Wir gratulieren herzlich	S. 13
Bundesvorstand tagte	S. 4	Gespräch im BARoV	S. 14
Neue Mitglieder	S. 5	Weihnachtsgruß des BV	S. 15
Weihnachtsfeier der Rentner in FF/O	S. 7	Rahmenintegrationsvereinbarung	S. 16
Entschließung des BDZ	S. 8	Gedenktafel	S. 16
Nachruf für Wolfgang Dönicke	S. 11	Ein „glänzendes“ Interview beim ZFA	S. 20
Herbstreise	S. 12	Personalversammlung in Frankfurt	S. 22
Termine Ruhestandsgruppe Berlin	S. 12	Verbeamtungen bei FKS	S. 23

### Ich informiere Sie gerne:

Info-Hotline

Ingo Puhl

(030) **22 67 90 67**

und 0172 - 312 12 70

## Immobilienervice

der Debeka-Bausparkasse

- Wir finanzieren
  - wir vermitteln
  - wir suchen
- Immobilienobjekte



Die Debeka-Bausparkasse –  
überzeugende Testergebnisse!

**Capital**

6/98, 5/98, 12/97

**FINANZtest**

10/97 (Spezial), 9/97

# Debeka

**Bausparkasse AG**

**Ihre Finanzierungsbank**

*Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil !*

Ingo Puhl Wilhelmstr. 58 10117 Berlin Tel.: (030) 22 67 90 67 Fax: (030) 22 67 90 68

### Impressum

#### ZBB

Zoll und BIm?, BARoV, BfF in  
Berlin & Brandenburg

#### Redaktion, Herausgeber und Anzeigenannahme

BDZ - Deutsche Zoll- und  
Finanzgewerkschaft  
Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Chefredakteur: Uwe Büttner  
Großbeerenstr. 341-345,  
14480 Potsdam  
Tel.: 0331/6461-594  
Fax.: 0331/6461-599  
e-mail: u.e.buettner@imail.de

#### Druck

Druckhaus Köthen GmbH  
PSF 1152, 06351 Köthen

#### Satz & Layout

Uwe Büttner

#### Erscheinungsweise

vierteljährlich

#### Auflage

3.000 Exemplare

Redaktionsschluß für 1/2006  
28. Februar 2006

Die mit Namen oder Initialen des  
Verfassers gekennzeichneten  
Beiträge stellen nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion oder  
des Herausgebers dar. Für  
unaufgefordert eingesandte  
Manuskripte übernehmen  
Herausgeber und Redaktion keine  
Verantwortung.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wieder haben wir ein Jahr überstanden. „Überstanden“ deshalb, da es uns (die Beschäftigten im öffentlichen Dienst) ja noch gibt und wir ja schließlich einen sicheren Arbeitsplatz haben! Für den müssten wir schon noch etwas opfern, z. B. sollten wir mal darüber nachdenken, ob die während unseres Dienstes zu Hause eingesparten Heiz-Strom- und Wasserkosten nicht bei der Gehaltszahlung abzüglich in Ansatz gebracht werden könnten, oder die Unterbringungskosten im Büro inklusive Toilettenbenutzung – schließlich haben wir ja einen sicheren Arbeitsplatz! Oder wäre es

nicht am allerbesten, wir würden unseren sicheren Arbeitsplatz gleich selbst bezahlen, die Bundesregierung könnte somit die aufwändigen Gehaltszahlungen über das Bundesamt für Finanzen einsparen!

Spaß beiseite, aber das Argument mit dem sicheren Arbeitsplatz, das bei jeder Sparmaßnahme im öffentlichen Dienst wieder erhalten muss, hängt uns doch allen schon zum Halse raus! Immer weitere „Sonderopfer“ werden den Beschäftigten im öffentlichen Dienst abgefordert – ohne jegliche Aussicht auf eine auch nur annähernde Kompensierung. Wie soll da der öffentliche Dienst auf Dauer noch zuverlässig funktionieren? Woher sollen die Beschäftigten noch Motivation für Eigeninitiative und Eigenverantwortung nehmen, wenn der Dank immer nur weitere Griffe in deren Geldbeutel ist! Noch einfacher stellt sich das unsere neue Regierung mit dem Griff in den Geldbeutel bei den Pensionären und Rentnern vor – aber auch da ist die Schmerzgrenze erreicht!

Immer öfter hört man Ideen, wie man sich gegen diese Kürzungsmentalität zur Wehr setzen sollte: von sit in, s der Rentner und Pensionäre im Bundesinnenministerium ist die Rede, oder ein bisher unbekannter Virus befällt just an ein und demselben Tag alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, so dass sie leider alle dem Dienst fern bleiben müssen... Muss es wirklich erst zu solchen Aktionen kommen?

In einer Entschließung hat der Bundesvorstand des BDZ am 1. Dezember in Bad Breisig Forderungen aufgestellt, die aus seiner Sicht für ein weiteres Funktionieren der Bundesverwaltung und für die zukünftigen Arbeitsbedingungen der hier Beschäftigten unverzichtbar sind. Der BDZ macht Druck gegenüber dem dbb beamtenbund & tarifunion sich endlich nachhaltig im Interesse seiner Mitglieder zur Wehr zu setzen!

Ein Anfang ist gemacht: Die Aktion „Blauer Brief“, Ihnen schon durch Aushänge und Pressemitteilungen bekannt, wurde ins Leben gerufen. Im Idealfall würden über 1 Millionen Postkarten das Kanzleramt überschwemmen – aber das ist erst der Anfang! Wenn die Bundesregierung weiter auf der Umsetzung der Kürzungspläne aus dem Koalitionsvertrag besteht, werden einschneidende Reaktionen folgen müssen. Dazu sind alle Mitglieder der Gewerkschaften, aber auch alle anderen von den Sparplänen betroffenen Beschäftigten aufgerufen. Es geht **jedem** an den Geldbeutel – also sollte sich auch **jeder** wehren und nicht andere für ihn diese Aufgabe erledigen lassen!

Trotz alledem ist Weihnachtszeit und Jahreswechsel - aus diesem Grunde an dieser Stelle auch ganz persönlich meine besten Wünsche zum Fest und einen guten Rutsch in das, auch aus gewerkschaftspolitischer Sicht für Sie hoffentlich erfolgreiche, Jahr 2006!

Ihr Uwe Büttner

## Bundsvorstandssitzung am 1. und 2. Dezember 2005 in Bad Breisig

Zum zweiten Mal nach unserem diesjährigen Gewerkschaftstag in Nürnberg trat das zweithöchste Gremium unserer Gewerkschaft zusammen. Der Zeitpunkt war lange geplant - der Inhalt

allerdings wurde nachhaltig von den aktuellen politischen Ereignissen dominiert.

Zum Auftakt der Beratung stellte der Vorsitzende, Klaus-Hilger Leprich, den politischen Lagebericht vor. Dieser war, wie nicht anders zu erwarten, nachhaltig von den Horrormeldungen der letzten Tage geprägt, die durch die Medien geisterten. Natürlich war es weniger die gemeinsame Feststellung, was die Große Koalition beschlossen hat. Nein, es ging vielmehr um die Auswirkungen und den erforderlichen Kampf gegen diese wahnwitzigen Absichten mit ihren nachhaltigen negativen Auswirkungen auf das Berufsbeamtentum und den öffentlichen Dienst insgesamt. Die Politik, die im Rahmen eines nie da gewesenenen, gigantischen, unsozialen und insbesondere die Zollverwaltung an den Rand der Handlungsfähigkeit drängenden „Haushaltssparkonzepts“ mit der Rasenmähermethode über den öffentlichen Dienst fahren will, muss in diesem Tun aufgehalten werden. Darüber war schnell Einigkeit hergestellt. Viel schwieriger war die Frage zu beantworten, *wie* wir dieser wohl größten Herausforderung erfolgreich begegnen können und müssen.

Konsens fanden wir auch schnell dazu, dass der dbb beamtenbund & tarifunion mit seinen rund 1,1 Millionen Mitgliedern jetzt gefordert ist, den Druck auf die Politik so stark und wirksam zu erhöhen, dass die Bundesregierung gezwungen wird, diesen Harakirikurs aufzugeben und neu und sozial ausgewogen an diese riesige Aufgabe der Haushaltskonsolidierung heranzugehen. Im Rah-



*Die Mitglieder des Bundesvorstandes des BDZ bei ihrer Arbeit in Bad Breisig*

men dieser Diskussion wurde mehr als einmal deutlich gesagt, wenn die Politik den öffentlichen Dienst und hier insbesondere die Beamtinnen und Beamten nachhaltig zu schröpfen gedenkt und das nur deshalb tun kann, weil sie auf die Treuepflicht der Beamtenschaft nach dem Grundgesetz vertraut, dann muss auch hier neu an diese Frage herangegangen werden. Denn dieser grundgesetzliche Auftrag ist keine Einbahnstraße. Das Berufsbeamtentum mit seinem Dienst- und Treueverhältnis darf nicht weiter einseitig mit Sonderopfern belastet werden. Sonst haben wir nur noch eine leere Hülle, die es nicht zu erhalten lohnt. Wenn nur noch der Teil der Hingabe des Beschäftigten zu seinem Beruf die tägliche Praxis bestimmt, der Teil der Fürsorge und Besoldungsgerechtigkeit ausgeblendet wird, dann brauchen wir kein Berufsbeamtentum. Wir kön-



*Klaus-H. Leprich und Wolfgang Fischer während der Beratungen*

## Wir begrüßen neue Mitglieder

*Alexander Müller  
Kerstin Löppke  
Anett Arnold  
Uwe Kries  
Jürgen Nowok*

*OV Potsdam  
OV Barnim-Uckermark  
OV Berlin  
OV Barnim Uckermark  
OV ZFA Berlin-Brandenburg*



*Hubert Herzog, Vorsitzender des BV Rostock und  
Birgit Schmelter, Vorsitzende des ständigen Ausschusses Frauenvertretung*

nen dann auch gut mit einem Dienstrecht leben, das uns den Arbeitskampf erlaubt und damit verhindern hilft, den politischen Missbrauch der Gestaltungsmöglichkeiten des Dienst-, Laufbahn- und Besoldungsrechts mit größerem Nachdruck zu bekämpfen.

Im Rahmen der Diskussion machte der Bundesvorsitzende noch einmal deutlich, wie er bereits in seinem Brief an die Bundeskanzlerin hervorgehoben hatte:

„Die Bundesleitung des BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft und ihre Mitglieder sowie die Personalvertretungen, die in nahezu allen Dienststellen die Mehrheit haben und die Vorsitzenden stellen, können sich nicht vorstellen, dass Sie sich für einen erfolgreichen Aufbruch in Deutschland italienische oder französische Zustände wünschen.“ Im Ergebnis der mehr als zweistündigen Diskussion verabschiedete der Bundesvorstand

einstimmig die nachfolgend abgedruckte Entschließung. Nach diesem sehr emotionalen Auftakt, der allen zeigte, dass die Grenze der Zumutungen überschritten ist, wurde ein weiteres sehr wichtiges Kapitel der aktuellen BDZ-Arbeit erörtert.

Das Projekt Strukturentwicklung Zoll ist natürlich ein Dauerthema, denn schließlich geht es hier ganz konkret um die Zukunft der Bundesfinanzverwaltung und damit um die Zukunftsaussichten jedes Beschäftigten und insbesondere jedes einzelnen Mitglieds. Der Zwischenbericht, der kürzlich nach einer intensiven Arbeitswoche (21. - 25.11.2005) bekannt gegeben wurde, zeigt, dass wir dem Ziel deutlich näher kommen. Somit verwundert es keinen, dass die Nachfragen, die Sachstandsfragen aber auch unsachliche Äußerungen sich mehren. Fest steht, dass mit der Gewichtung der zusammengetragenen Arbeitsprozesse der Zollverwaltung, der so genannten ABC-



*Thilo Paetz, Vorsitzender des BV Sachsen und sein Stellvertreter und frühere BV Vorsitzende Thüringens, Hubert Germer, der aus der aktiven Arbeit beim Bundesvorstand herzlich verabschiedet wurde*

Analyse, das ein Verfahren zur Priorisierung von Aufgaben darstellt, ein Meilenstein gesetzt wurde, weil die Kategorisierung der Arbeitsprozesse in Bezug auf die Ist-Aufnahme weitestgehend abgeschlossen werden konnte. Am 9. Dezember wird der Lenkungsausschuss tagen und das weitere Fortgehen festlegen. Dabei scheint eine Richtungsentscheidung anzustehen, nämlich, wird zeitnah die grobe Richtung für den Fortgang der Strukturentwicklung in Verbindung mit der Erstellung eines Grobkonzepts bekannt gegeben oder werden weitere Teilschritte untersucht und keine am möglichen Ergebnis orientierte Grundaussage bekannt gemacht. Der BDZ Bundesvorstand spricht sich eindeutig für klare Gesamtaussagen aus, damit die vermeintliche Geheimnistuerei ein Ende findet. So begegnet der Lenkungsausschuss zugleich den völlig unberechtigten Vorwürfen gegenüber dem HPR und besonders seines Vorsitzenden, er wisse mehr als er sage, weil er zur Vertraulichkeit verpflichtet sei. Auch aus dieser Sicht hat die Verwaltung eine Pflicht im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit.

In Vorbereitung der zukünftig zu erwartenden Entscheidungen hat die Bundesleitung einen Sonderausschuss „Personalentwicklung“ eingesetzt, der dem Bundesvorstand ein Thesenpapier zur Erörterung vorgelegt hat, welches nach Beratung in einem Positionspapier des BDZ münden soll. Dabei sind aus der Sicht des BDZ besonders Fragen der Beurteilung, der Ausschreibungsrichtlinien und weitere der Personalentwicklung dienende Fragen zu untersuchen.

Ein erstes Thesenpapier wurde erörtert.

Aber nicht nur harte Politik wurde gemacht und richtungweisende Beschlüsse gefasst, nein, es war noch ein weit erfreulicherer Anlass, den es zu vermelden gilt:



*Andreas Schwenke gratuliert herzlich*

Der Bundesvorsitzende Klaus-Hilger Leprich wurde am 2. Dezember 2005 - und wie fast alle Redner betonten, man möchte es kaum wahr haben ob der unermüdlichen Dynamik bei seinem Engagement für die Interessen der Zöllnerinnen und Zöllner - 60 Jahre alt. Auch auf diesem Wege noch einmal alle erdenklich guten Wünsche verbunden mit der Hoffnung aber auch der Zuversicht im Kampf den es derzeit zu führen gilt, weiter so erfolgreich zu sein.



*Auch Oberfianzpräsident Manfred Ehlert gehörte zu den Gratulanten*

„Lieber Klaus, mach` weiter so!“ sagen dir die Mitglieder und die Beschäftigten von Berlin und Brandenburg.

Die bereits angesprochenen Redner, der stellv. dbb Vorsitzende K. Dauderstädt, der Abteilungsleiter III im BMF, K.-H. Stähr, und der Präsident des ZKA, H.-J. Matthias, sowie für die Bundesleitung sprechend Ronald Hilgert und der Bundesgeschäftsführer Andreas Meyer, hoben unmissverständlich und in ausgewogener Form die Persönlichkeit des Kollegen Leprich hervor. Eines wurde deutlich, das Leben unseres Bundesvorsitzenden musste wohl aus seiner Persönlichkeit heraus so verlaufen wie es verlaufen ist. Eine sehr anschauliche Persönlichkeitsanalyse lieferte dazu der Präsident des ZKA, der ein graphologisches Gutachten aus seinem Hause vortrug, das kein Gefälligkeitsgutachten sei, wie er ausdrücklich betonte, aus dem all` die Eigenschaften hervor gingen, die bis heute Klaus auszeichnen. Wir können aus eigenem Erleben diese sehr positiven Einschätzungen nur

unterstreichen. Natürlich lud, nach einer für unseren Jubilar mehr als kurzen aber sehr angemessenen Zeit der Erwiderung, der Bundesvorsitzende zu einem sehr guten Buffet mit der Bitte, doch die Zeit zu nutzen, gemeinsam bei gutem Essen und Trinken Aktuelles zu besprechen und die gemeinsamen Ziele zu erörtern. Abschließend rief er von dieser Stelle alle auf: „Helft mit, die vor uns liegenden Felsbrocken zu zerschlagen, damit wir gemeinsam und in innerer Harmonie in die Zukunft gehen können.“



*Einer der leider wenigen Anlässe, an denen auch Klaus-Hilger Leprichs Ehefrau Elke teilhaben konnte*

Ich wünsche allen Beschäftigten, die das Glück haben, diese Zeitschrift zu Ihrem Informationsmaterial zählen zu dürfen, auf diesem Wege frohe und besinnliche Weihnachtstage im Kreise ihrer Familie und Freunde und einen guten Rutsch in das garantiert wieder ereignisreiche Jahr 2006. Bleibt dem BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft treu und kämpft an seiner Seite für unser Ziel: „Zukunft gestalten - mit dem BDZ“

*Euer stellv. Bundesvorsitzender  
Wolfgang Fischer*

## Weihnachtsfeier der Rentner und Pensionäre in Frankfurt (Oder)

Am 30. November 2005 trafen sich nun schon traditionsgemäß die Ruheständler aus dem Raum Frankfurt (Oder) zu ihrer Jahresmitgliederversammlung. Dazu eingeladen hatte Karl-Heinz Dahm, als Obmann für Ruheständler des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg, der die anwesenden Rentnerinnen und Rentner in seinem Jahresrückblick unter anderem über Inhalte der 28. Bundeshauptversammlung des BDZ in diesem Jahr in Nürnberg sowie die Konstituierung des Ständigen Ausschusses „BDZ-Senioren“ im November 2005 informierte. Zuvor gedachten die Teilnehmer der im zurückliegenden Jahr verstorbenen Mitglieder Reinhard Plessgott, Rudi Buhl und Friedrich Stoll. Herzlich begrüßten die Anwesenden den Vorsitzenden des BDZ-Berlin-Brandenburg, Andreas Schwenke. Er sprach an diesem bedeutsamen Tag vor allem über aktuelle Entwicklungen in der Zollverwaltung und die daraus resultierenden sozialen Folgen für die Ruheständler, aber auch über die Kampfbereitschaft des BDZ, einem weiteren Abbau sozialer Errungenschaften entgegen zu wirken. Bedeutsam deshalb, weil dies im Zusammenhang mit Aussagen der deutschen Bundeskanzlerin, Angela Merkel, in ihrer Regierungserklärung stand, in der sie den Rentnerinnen und Rentnern für die nächsten vier Jahre weitere Nullrunden in der Rentenanpassung verordnete. Dass dies von den Teilnehmern nur missbilligend zur Kenntnis genommen wurde, liegt in der Natur der Sache, konnte jedoch die insgesamt gute Stimmung der Versammlung nicht trüben.



Gern erinnerten sich die Anwesenden an solche im Jahr 2005 durchgeführten Veranstaltungen wie eine Fahrt nach Hamburg mit Stadtrundfahrt und einem Besuch des Zollmuseums oder die Teilnahme am Hoffest des HZA Frankfurt (Oder). Genügend Gesprächsstoff, um bei Kaffee, Weihnachtsgebäck und einem Gläschen Bier eine angeregte Diskussion zu führen.

*Karl Heinz Dahm*

---

# Keine Sonderopfer mehr!

Der Bundesvorstand des BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 2005 folgende EntschlieÙung verabschiedet:

Der Bundesvorstand des BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft lehnt die SparmaÙnahmen der Bundesregierung für die Beamtinnen und Beamten der Bundesverwaltung ab. Die beabsichtigten erneuten Eingriffe in die Beschäftigungs- und Bezahlungsverhältnisse stehen im Gegensatz zu den Anforderungen an Leistung, Qualifikation, Mobilität und Einsatzbereitschaft der Beamtinnen und Beamten und sind ein Schlag ins Gesicht des Personals. Sie fördern außerdem Demotivation und gefährden insbesondere den Betriebsfrieden in den Dienststellen des Bundes.

Wer unabhängig von den Aufgaben permanent kürzt und berufliche Perspektiven verbaut, gleichzeitig aber leistungsbezogene Bezahlung im öffentlichen Dienst fordert, ist unglaublich. Denn er will nicht Leistung angemessen bezahlen, sondern setzt auf Worthülsen und nutzt das Instrument des Gestaltungsmonopols, um die Beschäftigten immer weiter auszupressen.

Wer die Schere zwischen dem Tarifbereich und den beamtenrechtlichen Regelungen immer weiter öffnet, handelt unsozial und gefährdet darüber hinaus den Betriebsfrieden.

Der BDZ lehnt weitere Sonderopfer für die Beamtinnen und Beamten kategorisch ab und fordert in der politischen und gesamtgesellschaftlichen Diskussion Gerechtigkeit und Ehrlichkeit. Nur so kann gewährleistet werden, dass den erforderlichen Reformen nicht der Boden entzogen wird.

## I. Der BDZ-Bundesvorstand fordert die Bundesregierung auf:

1. Die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten auf 41 Stunden stellt eine weitere Verschlechterung der Besoldung um 2,5 Prozent und damit ein einseitiges Opfer der Bundesbeamtinnen und –beamten dar. Wir fordern, von einer Verlängerung der Arbeitszeit Abstand zu nehmen.
  - 1.1 Bereits im Jahr 2004 ist die wöchentliche Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Bundes ohne Kompensation von 38,5 Stunden auf 40 Stunden erhöht worden. Durch die damit verbundene – und insbesondere bei aus familiären Gründen teilzeitbeschäftigten Mitarbeitern realisierte – Reduzierung der Bezüge um fast vier Prozent haben die Beamtinnen und Beamten bereits einen namhaften Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erbracht. Weitere Sonderopfer sind nicht zumutbar.
  - 1.2 Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Bundes gilt eine wöchentliche Arbeitszeit von 39 Stunden bei ansonsten nahezu gleichen Beschäftigungsbedingungen (Unkündbarkeit, Versorgung). Die einseitige Benachteiligung der Beamtinnen und Beamten stellt eine erhebliche Gefahr für den innerbetrieblichen Frieden und die konstruktive Zusammenarbeit dar.
2. Entgegen der politischen Behauptungen – sogar der Bundeskanzlerin – hat der Bund bereits 2004 den Ländern entsprechende Maßnahmen vollzogen. So wurde das Urlaubsgeld gestrichen und die Sonderzuwendung („Weihnachtsgeld“) deutlich abgesenkt. Die erneute Reduzierung stellt eine weitere Gehaltskürzung um etwa 2,5 Prozent dar, für aktive Beamtinnen und Beamte wie auch für Versorgungsempfängerinnen und Versor-

---

gungsempfänger. Spätestens die weitere Reduzierung der Bezüge macht deutlich, dass die Beamtinnen und Beamten ausschließlich als haushaltspolitische Verfügungsmasse angesehen werden. Es darf zu keiner weiteren Reduzierung der Sonderzahlungen kommen.

- 2.1 Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Bundes erhalten weiterhin das ungekürzte Weihnachtsgeld in Höhe von etwa 80 Prozent der Bezüge sowie Urlaubsgeld. Aufgrund des neuen Tarifvertrages erhalten sie demnächst – gestaffelt nach Laufbahnen bzw. Entgeltgruppen – bis zu 90 Prozent eines Monatsgehaltes als Sonderzahlung. Eine unterschiedliche Behandlung dieser Beschäftigtengruppen ist unsozial und durch nichts gerechtfertigt.
- 2.2 Beamtinnen und Beamte des Bundes sowie Versorgungsempfänger/innen leisten daneben die der gesamten Gesellschaft aufgegebenen Beiträge zur Haushaltskonsolidierung und reihen sich in gesellschaftliche Gesamtaufgaben ein.

Sie entrichten – ohne Reduzierung ihrer individuellen Abgabenbelastung – Ökosteuern, die die Rentenversicherungsbeiträge senkt, sowie ab 2007 einen höheren Umsatzsteuersatz, der auch zur Reduzierung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung beiträgt. Aus ihren Steuermitteln werden über den Bundeshaushalt die Sozialversicherungen mit jährlich rund 80 Milliarden Euro gestützt.

Damit erbringen die Beamtinnen und Beamten höhere Beiträge zur sozial ausgewogenen Gesellschaft als man ihnen zugestehen will, obgleich sie Innere Sicherheit, Einnahmen und staatliche Dienstleistungen gewährleisten.

Gerade die Bundesbeamtinnen und –beamten müssen bundesweit mobil und einsetzbar sein, zum Teil in großer Zahl auch überregional. Deshalb treffen sie die von der Bundesregierung in Aussicht genommenen Einsparmaßnahmen bei Pendlerpauschale und Eigenheimzulage mindestens ebenso wie die übrigen Teile der Bevölkerung. Und nach wie vor sind Pensionen – verfassungswidrig – höher besteuert als die Altersrenten.

3. Es darf zu keinen weiteren Verschlechterungen der Beihilfevorschriften kommen. Bereits heute ist der Zugang zur Beihilfe wegen der erheblichen – und nicht an Einkommen sowie an die familiären Belastungen gekoppelten – Beiträge für die restkostendeckende Private Krankenversicherung kein Privileg, sondern insbesondere für Geringverdiener, Familien, Alleinerziehende, Kranke und lebensältere Beschäftigte eine erhebliche finanzielle Belastung. Gerade zum Jahreswechsel 2005/2006 steigen die PKV-Beiträge bei vielen Versicherern um zehn Prozent und mehr.

Wir fordern, dass die Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfänger/innen ein den Abgeordneten des Deutschen Bundestages vergleichbares Wahlrecht erhalten. Ihnen soll es möglich gemacht werden, zwischen dem Eintritt in die gesetzliche Krankenversicherung mit dem entsprechenden Arbeitgeberanteil durch den Dienstherrn, der Kombination aus Beihilfe und PKV bzw. in den Vollzugsbereichen der freien Heilfürsorge zu wählen.

Es muss Schluss sein mit einseitigen Sparauflagen für die Beamtinnen und Beamten. Ihnen kann nicht mehr abverlangt werden als allen Menschen und vor allem allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland.

Beamtinnen und Beamte nehmen keine staatlichen Transferleistungen entgegen, sondern stehen für Ausgewogenheit und Gerechtigkeit der Gesellschaft in Deutschland. Sie erwarten nicht mehr als Gerechtigkeit. Es ist Aufgabe der politisch Verantwortlichen, diese zu gewährleisten. Das Berufsbeamtentum mit seinem Dienst- und Treueverhältnis darf nicht weiter einseitig mit Sonderopfern belastet werden.

Die politischen Entscheidungen machen es immer mehr zu einer leeren Hülle, in der lediglich die Hingabe des Beschäftigten an seinen Beruf gefordert, dafür aber immer weniger Gegenleistung ( Fürsorge und Besoldungsgerechtigkeit) erbracht wird.

II. Der BDZ-Bundesvorstand fordert den dbb beamtenbund und tarifunion auf:

1. Die Beamtinnen und Beamten wollen nicht länger der Willkür der Politik ausgeliefert sein. Sie wollen nicht länger Schmutz- und Neidkampagnen in der Öffentlichkeit und in den Medien ertragen. Sie sind der Beschimpfungen und Herabsetzungen überdrüssig. Sie haben die Nase voll.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu vertreten. Deshalb müssen wir in der öffentlichen und politischen Diskussion unsere Argumente offensiv vertreten.

Der dbb ist überdies aufgefordert, **umgehend** geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um der Öffentlichkeit und der Politik deutlich zu machen, dass es in Deutschland ohne Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte nicht geht. Wir brauchen einen gut aufgestellten und leistungsfähigen öffentlichen Dienst.

Lasst uns Geschlossenheit dokumentieren und denen, die uns permanent politisch misshandeln, die rote Karte zeigen.

Lasst uns auf die Straße gehen und Aktionen ergreifen – gemeinsam, einheitlich, stark und geschlossen. Nur gemeinsam können wir Stärke zeigen.

Lasst uns Politik und Medien und damit letztlich auch den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, wer wir sind, wofür wir stehen, was wir leisten und garantieren. Wir wollen nicht länger an den Rand gedrängt und ausgegrenzt werden, weil wir das tun, was uns Politik durch Gesetze vorgibt.

2. Die Geschäftsgrundlage für das Eckpunktepapier ist entfallen. Das ist der Bundeskanzlerin und dem Bundesinnenminister sowie der Presse mitzuteilen. Der BDZ hält es für erforderlich in der politischen Diskussion auch das Berufsbeamtentum zur Disposition zu stellen.

Die Politik soll klar bekennen, was sie anstrebt. Und den Menschen in Deutschland sagen, was es bedeuten würde, das Berufsbeamtentum als Garant für die Stabilität in Deutschland aufzugeben.

Bisher übernehmen die Politiker keine Verantwortung, sondern bedienen Vorurteile in populistischer Weise. Damit muss Schluss sein. Wir müssen die Vorherrschaft in der Diskussion gewinnen. Sowohl bei Protest als auch bei Konsequenzen muss gelten: Es gibt keine Tabus. Dazu zählt insbesondere auch das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte.

Alle Kolleginnen und Kollegen in der Bundesfinanzverwaltung sind aufgefordert, unsere gewerkschaftlichen Initiativen zu unterstützen. Gerade angesichts der überaus schwierigen Rahmenbedingungen benötigen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine weitgehend geschlossene Mitgliedschaft. Denn nur gemeinsam werden wir in der Lage sein, unsere Forderungen zu artikulieren, in der Öffentlichkeit deutlich zu machen und auch mit Nachdruck aufzutreten.

**Leider gibt es eine große Zahl nicht gewerkschaftlich organisierter Kolleginnen und Kollegen, die von gewerkschaftlichen Erfolgen profitieren, aber nicht bereit sind, ihren solidarischen Beitrag zum Gelingen gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu leisten. In der heutigen Zeit und mit Blick auf die Medienberichterstattung ist es jedoch nicht damit getan, dass allein Funktionsträger/innen an die Öffentlichkeit treten. Es ist vielmehr jede und jeder gefragt, unsere Positionen zu unterstützen und mitzumachen bei der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen.**

**Die politischen Entscheidungen für die erneuten Einschnitte stehen unmittelbar bevor. Die Zeit drängt. Wenn wir gemeinsam noch etwas bewegen wollen, dann müssen wir jetzt handeln!**

Bad Breisig, 1. Dezember 2005

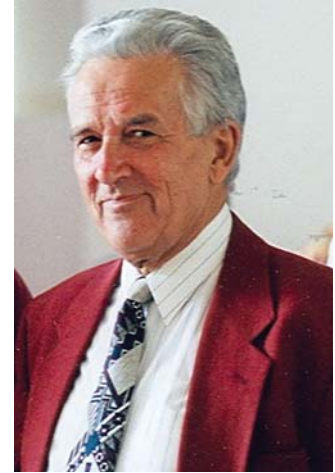
Nachruf

### Zum Tod von Wolfgang Dönicke

Lehrender und Gutachter, Zollsportler, Gewerkschafter

Nach kurzer schwerer Krankheit ist Wolfgang Dönicke am 3. Oktober 2005 im Alter von 80 Jahren verstorben.

Am 1. April 1941 als Jungmann (Zoll) in die damalige Reichsfinanzverwaltung eingetreten, wurde er noch während seiner Ausbildung in den Reichsarbeitsdienst und schließlich in die Wehrmacht einberufen. Es schlossen sich fast vier Jahre Kriegsgefangenschaft in Frankreich an, bis er über Umwege Anfang 1949 den Weg zurück nach Berlin fand.



Dort nahm er alsbald seinen Dienst beim HZA Berlin-Mitte im damaligen sowjetisch besetzten Sektor von Berlin auf. Nach Gründung der DDR bewarb er sich mit Erfolg beim Landesfinanzamt (heute: Oberfinanzdirektion) Berlin um Einstellung in den Zolldienst in Berlin (West). Zunächst noch als Verwaltungsangestellter, später nach Wiedereinführung des Beamtentums und erfolgreicher Ablegung der ZI-Prüfung durchlief er die Laufbahn des gehobenen Dienstes mit einem breiten Spektrum an dienstlichen Verwendungen. Beispielhaft genannt seien Tätigkeiten im Bereich Strafsachen, Steueraufsicht, Zollfahndungsdienst, Abfertigungsdienst bei einem Postzollamt, Sachbearbeiter für Personalangelegenheiten und mehr als 23 Jahre Lehrender und Gutachter bei der ZPLA Berlin, zuletzt als Sachgebietsleiter und Vertreter des Leiters der zolltechnischen Abteilung.

Er war ein äußerst beliebter Sprachlehrer, seine hervorragenden Kenntnisse auf dem Gebiet der französischen Sprache stellte er in unzähligen Kursen für die Kolleginnen und Kollegen unter Beweis. Er baute enge Beziehungen zur französischen Zollverwaltung auf (insbes. Zollschnle in Neuilly), organisierte Sprachreisen für Zöllner dorthin und unterstützte den Aufbau der haitianischen Generalzolldirektion sowie des dortigen Zollschnulbetriebes. Von diesen Auslandsreisen konnte er im Unterricht bei passender Gelegenheit sowie in den Pausen lebhaft berichten.

Als Zollsportler war er 1958 Gründungsmitglied der Zollsportgemeinschaft Berlin. Er selbst spielte Handball und Tischtennis, daneben gehörte er jahrelang dem Vorstand der ZSG an und war von 1973 bis 1977 deren 1. Vorsitzender. Auch in dieser Funktion nutzte er seine guten Kontakte nach Frankreich und konnte eine Vielzahl von Sportreisen dorthin durchführen.

Als Gewerkschafter gehörte er jahrelang dem Personalrat beim HZA Berlin-Hansa sowie der OFD Berlin an.

Wer Wolfgang Dönicke noch anlässlich des Neujahrsempfanges 2005 getroffen hat, kann es nicht fassen, dass dieser tatkräftige und lebensfrohe Pensionär so plötzlich verstorben ist.

Wir trauern um einen lieben und beliebten Kollegen und Sportler, unser Mitgefühl gilt seiner Ehefrau sowie seinem Sohn.

*Michael Luka*

## Herbstreise - Reiseherbst

Wir hatten die ZBB vom Juni gelesen und speziell den Hinweis auf Ferienidylle im Vogtland. So schlossen sich einige aus unserer Ruhestandsgruppe Mitgliedern der Volkssolidarität aus Pankow an, die auch diese Herbstreise erkundenswert fanden.

Schon beim Besteigen des Busses in Berlin, waren wir praktisch im Vogtland. Steuermann am Lenker war Volker aus Klingenthal und sein modernes Gefährt ebenso. Also aus dem Vogtlandkreis. Darum – so erfuhren wir – das „V“ auf dem Nummernschild. Schon bei der Hinfahrt, zunächst bei regnerisch trübem Wetter, malte uns Volker ein schönes Bild seiner Heimat, die ein paar aus unserer Mitte schon früher entdeckt hatten. Bei Einfahrt der „reisenden Engel“ ins Vogtland gab's auf einmal als Willkommen Sonnenschein. Er sollte die ganzen Tage vom 23. bis 30.10. unser stetiger Begleiter sein. Gut fürs Wandern, für Rundfahrten und fürs Gemüt.

Herzliche Begrüßung durch unsere Gastgeber, Familie Kautsch, im schönen „Haus am Ahorn“. Und dann hatte uns ein erlebnis- und eindrucksvoller Urlaubsaltag in seine Arme genommen. Zünftig, zumindest für trinkfeste Mitfahrer, der Auftaktbesuch mit Besichtigung und Verkostung in der Wernesgrüner Brauerei. Unsere biererfahrenen beiden Lothars hätten allein dreißig Jahre gebraucht, um nur einen einzigen der gewaltigen modernen Abfüllkessel zu leeren, wenn jeder immerhin täglich einen ganzen Kasten vergluckert hätte: Sechs Liter!!!

Aber da unser Aufenthalt all inclusive war und das Bier u. a. im Hotel bis 20 Uhr nichts kostete,



*Haus am Ahorn, Kottenheide, Vogtland*

fiel der Abschied aus Wernesgrün nicht gar zu schwer. Außerdem war ein klarer Kopf empfehlenswert, wollte man all die anderen Eindrücke richtig wahrnehmen. Und dazu gehörten der Blick auf die mit 574 m Länge und 78 m Höhe 1851 fertig gestellte weltgrößte Ziegelbogenbrücke im Göltzschtal oder auf die Elstalbrücke, genau so alt. Ebenso Plauener Spitzenstickerei in Kottengrün. Ehrfurcht empfanden wir, mit wie vielen Ideen, Geschick und Erfindungsreichtum unsere Altvorderen Natur und eigene Fähigkeiten zu damals bemerkenswerten Leistungen verknüpften. Nur schade, dass heute die globalisierte Welt auch im Vogtland viele einstige Wirkungsstätten fachlichen Könnens in der Textilindustrie oder dem weltbekannten Musikinstrumentenbau brutal zertreten hat.

Die zerfallenden Fabriken sind ein makaberer Denkmal dieser neuen Zeit. Doch auch diese neue Zeit setzt Zeichen.

*Fortsetzung auf S. 18*



### Ruhestandsgruppe Berlin/Grellstraße

*Die Ruhestandsgruppe Berlin/Grellstraße trifft sich auch im Jahre 2006 regelmäßig, hier die Termine:*

**18. Januar**  
**15. Februar**  
**15. März**  
**19. April**  
**17. Juni**

**21. Juni**  
**20. September**  
**18. Oktober**  
**15. November**  
**13. Dezember (Weihnachtsfeier)**

# Wir gratulieren herzlich!



## Zum 70. Geburtstag

Günter Lindner	26.10.
Alfred Tessmer	26.10.
Harry Klietz	29.10.
Gerhard Derlin	02.11.
Georg Wabnitz	05.11.
Wolfgang Linkiewicz	08.11.
Joachim Wolff	17.11.
Guðrun Großmann	23.11.
Eckart Kimms	27.11.
Erwin Pesenecker	23.12.

## Zum 80. Geburtstag

Kurt Zimmerling	12.10.
Gerhard John	22.10.
Dietrich Haecker	16.11.
Walter Schlehan	27.11.
Manfred Blokesch	14.12.

## Zum 85. Geburtstag

Heinz Rothe	27.11.
-------------	--------

## Zum 91. Geburtstag

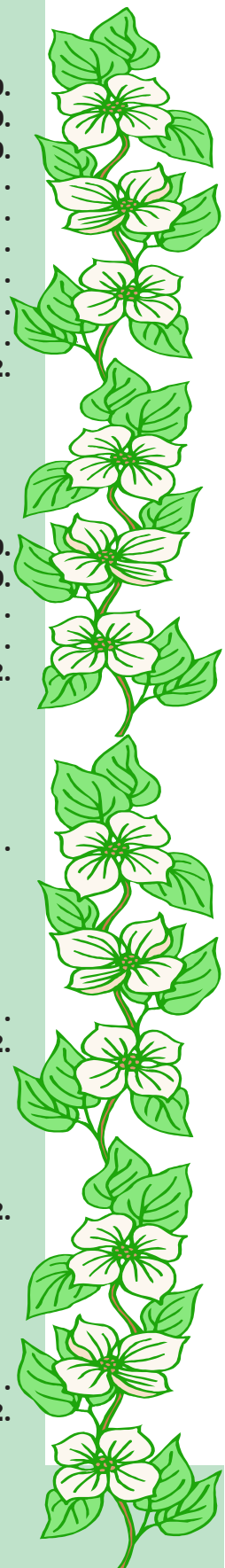
Rudolf Götze	13.11.
Heinz Buck	05.12.

## Zum 92. Geburtstag

Kurt Blaschke	16.12.
---------------	--------

## Zum 93. Geburtstag

Alfred Bitter	16.11.
Alfred Karitter	31.12.



Wir gratulieren herzlich!

## Sondierungsgespräch beim BARoV

Am 29. November 2005 fand ein Gespräch zwischen dem BDZ Berlin-Brandenburg, vertreten durch Andreas Schwenke und Wolfgang Fischer und dem Präsidenten des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen, Dr. Kittke, in Berlin, im Dienstsitz des BARoV statt.

Wir hatten am Rande einer Personalversammlung des BARoV um diesen Termin gebeten, um aus beruflichem Munde zu hören, wie der Stand der Vorbereitung des aus Teilen des Bundesamtes für Finanzen und des BARoV zum 01. Januar 2006 neu entstehenden Bundesamtes für zentrale Dienste und Vermögensfragen (BADV) ist. Es ging uns aber auch darum unsere gewerkschaftliche Position in diesem Prozess zu erläutern.

Nach kurzem Warten im Vorzimmer von Dr. Kittke konnten wir feststellen, dass man bereits in der heißen Phase der Vorbereitung ist, weil vor uns ein Gespräch zwischen Dr. Kittke und Herrn Märker, Abteilungsleiter für DZ im BfF, stattfand, in welchem natürlich über das gemeinsame Wirken nach dem 01.01.2006 gesprochen wurde.

Gegenstand des Gespräches mit Dr. Kittke, welches in einer sehr offenen und freundschaftli-



chen Atmosphäre geführt wurde, waren natürlich die aktuellen Sparabsichten der neu gewählten Bundesregierung und die absehbaren Auswirkungen auf die „Staatsdiener“.

Wir waren uns einig, dass weitere Einkommenskürzungen und massive Stelleneinsparungen die Funktionsfähigkeit des Bundes gefährden und die Motivation der Beschäftigten damit weiter sinken wird. Beides trägt nicht zu der beabsichtigten Modernisierung und Effizienzsteigerung im öffentlichen Dienst des Bundes bei. Wir erläuterten hierbei den Standpunkt des BDZ und berichteten über einen Brief des BDZ-Vorsitzenden an die Bundeskanzlerin, in welchem die beabsichtigten Sparmaßnahmen scharf angeprangert werden, auf die scheinbar vergessenen Sonderopfer in der Einkommensentwicklung des öffentlichen Dienstes des Bundes in der Vergangenheit hingewiesen wird und die Frage gestellt wird, ob der Regierung Beamte lieber sind, die anstatt der Alimentation durch den Staat ihre Einkommensentwicklung über das Streikrecht erkämpfen müssen.



Das Gebäude des BARoV in der Berliner Mauerstraße

Zu der Rolle der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, stellte Dr. Kittke fest, dass für ihn die Gewerkschaften ein wichtiger und notwendiger Grundpfeiler der Demokratie sind und das sie über die Interessenvertretung der Beschäftigten das notwendige Korrektiv zum staatlichen Handeln sind. So sieht er auch die Personalvertretungen als wichtigen Partner bei der Gestaltung der dienstlichen Rahmenbedingungen und der Einhaltung der zugunsten der Beschäftigten getroffenen rechtlichen Regelungen. Deshalb wünscht er sich auch für das neue BADV und die Überwindung aller Anfangsschwierigkeiten eine Personalvertretung, die von Anfang an mit dem Mandat aller Beschäftigten, also auch der dazugekommenen, kompetent, kritisch und fair die Verwaltungsreform begleitet. Wir waren uns



v. l.: Dr. Kittke, Andreas Schwenke, Wolfgang Fischer

sehr sicher, dass die jetzigen Personalvertreter im BARoV einen Weg finden, mit Übergangsregelungen und über Neuwahlen im Laufe des Jahres 2006, diesem Anspruch gerecht zu werden.

In Bezug auf die besondere Liegenschaftssituation in Frankfurt (Oder), wo vorerst die Beschäftigten dieser Außenstelle in zwei unterschiedlichen und weit voneinander entfernten Gebäuden untergebracht sind, strebt er eine Unterbringung unter einem Dach an, um das Zusammenwachsen zu einer Dienststelle zu sichern und um das Aufgabenvolumen fließend mit allen Beschäftigten bewältigen zu können. Dieses Problem muss bis 2007, bis zum Auslaufen des Mietvertrages für die jetzigen Beschäftigten des BfF im „Oderturm“, gelöst werden.

Wegen unserer Vorortkenntnis boten wir die Hilfe des BDZ bei der Schaffung einer sinnvollen Alternative zu der vorhandenen Situation an.

Zum Abschluss des Gespräches vereinbarten wir eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und sichern unsere Unterstützung bei der Lösung von Problemen zum Wohle der Beschäftigten unter Beachtung der dienstlichen Notwendigkeiten zu.

*Andreas Schwenke*



***Frohe Weihnachten  
und ein  
gesundes neues Jahr***

In wenigen Tagen neigt sich das Jahr 2005 dem Ende zu. Ein arbeits- und ereignisreiches Jahr mit Höhen und Tiefen, Erfolgen und Rückschlägen und vielen Problemen ist nun bald vorbei. Es sollte Anlass sein, Resümee zu ziehen, mit sich selbst ins Reine zu kommen und neue Vorsätze für das Jahr 2006 zu fassen. Das Jahr 2005 war für uns das Jahr des Gewerkschaftstages in Nürnberg, das Jahr des Inkrafttretens des neuen TVöD, das Jahr der vielen Beurteilungen, das Jahr der Verbeamtungen in der FKS, das Jahr der Analyse in Vorbereitung der Strukturreform der BZV und das Jahr der hohen Ergebnisse in unseren MKG'en.

Ich danke allen, die sich in diesem Prozess engagiert haben, insbesondere unseren Mitgliedern und Funktionären im BDZ, unseren Kolleginnen und Kollegen in den Personalvertretungen und den vielen Beschäftigten, die sich kritisch und konstruktiv in die Meinungsbildung des BDZ einbringen.

In diesen Dank schließe ich unsere Gesprächspartner in der Verwaltung ein, die stets gesprächsbereit und offen für unsere Vorschläge und Initiativen waren. Insbesondere danke ich den Beschäftigten vor Ort, die an ihren Arbeitsplätzen in der täglichen Arbeit all das umsetzen, was Politik und Gesetzgebung vorgeben.

Ich möchte mich auch bei den Beschäftigten der BIMA, des BARoV, des BfF und des ZKA im Bereich der OFD Cottbus für ihre geleistete Arbeit und das vertrauensvolle Zusammenwirken recht herzlich bedanken. Den Beschäftigten des künftigen BADV und BZSt wünsche ich einen guten Start in den neuen Dienststellen und allen viel Erfolg im persönlichen und beruflichen Leben.

Für den Jahreswechsel wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ein friedvolles, gesegnetes Weihnachtsfest, ein gutes und erfolgreiches neues Jahr und vor allem Gesundheit, Frieden und Zuversicht.

*Ihr*

*Andreas Schwenke*

*Im Dezember 2005*



## Rahmenintegrationsvereinbarung

**Fortschreibung der Rahmenintegrationsvereinbarung zur Eingliederung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in der Bundesfinanzverwaltung (RIV) zum 1. Dezember 2005 in Kraft getreten**

In der am 1. August 2002 abgeschlossenen Dienstvereinbarung ist alle zwei Jahre eine Überarbeitung zur Aktualisierung vorgesehen.

Das novellierte SGB IX hat zum 1. Mai 2004 erhebliche Änderungen mit sich gebracht.

Ein wesentlicher Punkt ist die Verstärkung der Prävention und die damit verbundene Verpflichtung des Arbeitgebers, ein betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) zu schaffen.

Die Hauptschwerbehindertenvertretung und der Hauptpersonalrat haben gemeinsam mit dem BMF Verfahrensregelungen zur Umsetzung des BEM erarbeitet, die demnächst in Erlassen für den Zoll und die Oberbehörden in Kraft gesetzt werden. Da mit dieser gesetzlichen Regelung völliges Neuland betreten wurde, hat sich die Überarbeitung der RIV verzögert.



Ich möchte Ihnen die wichtigsten Änderungen vorstellen:

### Prävention / Schaffung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM)

Das BEM soll dazu dienen, längerfristig erkrankten Beschäftigten gezielte Hilfen anzubieten, um die Arbeits-/Dienstunfähigkeit zu überwinden und einer chronischen Erkrankung oder Behinderung vorzubeugen, damit der Arbeitsplatz/Dienstposten erhalten werden kann.

## Gedenktafel

**Wir betrauern den Tod unserer Mitglieder:**

N a m e	Geb.	Verstorben
<b>Hans-Jürgen Kohlos</b>	25.04.1929	31.08.2005
<b>Wolfgang Dönicke</b>	20.01.1925	03.10.2005
<b>Gebhardt Fiebig</b>	07.10.1943	07.10.2005
<b>Beate Schenk</b>	19.01.1935	07.10.2005
<b>Konrad Schönfeld</b>	14.10.1931	22.10.2005
<b>Wolfgang Heinz Konrad</b>	12.03.1954	04.11.2005
<b>Herbert Hohannsen</b>	04.05.1909	10.11.2005





**Verbeamtung in der  
FKS: Kennen Sie Ihren  
Beihilfeanspruch?**

Wir beraten Sie über die Beihilfe und Ihre Beihilfeansprüche sowie über eventuelle Beihilfeansprüche von berücksichtigungsfähigen Angehörigen. Ihren persönlichen Ansprechpartner vor Ort erfahren Sie bei unseren folgenden Filialdirektionen:

**SIGNAL IDUNA**  
Versicherungen und Finanzen



**Genau das, was ich brauche.**

Filialdirektion Berlin ● Ernst-Reuter-Platz 3-5 ● 10587 Berlin ● Telefon (030) 88 44 86 -37 Frau Herrmann oder -25 Frau Czaika  
Filialdirektion Potsdam ● Charlottenstraße 42 ● 14467 Potsdam ● Telefon (03 31) 2 98 48 -29 Frau Freitag oder -24 Frau Biste-Burzin  
Filialdirektion Frankfurt / Oder ● Zehmeplatz 14 ● 15230 Frankfurt / Oder ● Tel. (03 35) 5 55 72 -43 Frau Klose oder -34 Frau Oschak

Die in den Verfahrensregelungen gewonnenen Erkenntnisse sollen zeitnah, jedoch spätestens in zwei Jahren ausgewertet und eventuell in eine Dienstvereinbarung übernommen werden.

#### Zusatzurlaub

Erfolgt die Anerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft während eines Urlaubsjahres, so wird der Zusatzurlaub anteilig gewährt. Gleiches gilt für die Aberkennung der Schwerbehinderteneigenschaft.

#### Kündigungsschutz

Der besondere Kündigungsschutz gilt nur bei nachgewiesener Feststellung einer Schwerbehinderung/Gleichstellung. Hier greift die Schutzvorschrift nicht mehr ab Antragstellung.

#### Versetzung in den Ruhestand / Entlassung schwerbehinderter Beamtinnen und Beamter, Kündigung schwerbehinderter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Vor einer ärztlichen Untersuchung sind alle Möglichkeiten der Prävention zu prüfen und mit der Schwerbehindertenvertretung im Sinne des § 84 Abs. 1 SGB IX zu erörtern.

#### Barrierefreiheit

Bereits bei den Planungen von Neu- und Umbauten sowie Anmietungen ist im Rahmen des Möglichen sicherzustellen, dass die Gebäude und auch die Inneneinrichtungen behindertengerecht gestaltet werden. Hierbei ist die Schwerbehindertenvertretung zu beteiligen.

#### Erweitertes Rederecht bei Personalversammlungen

Die Schwerbehindertenvertretung kann an Personalversammlungen in Dienststellen teilnehmen, für die sie zuständig ist und hat dort Rederecht, auch wenn sie nicht Angehöriger der Dienststelle ist.

Weitere Änderungen bestehen zum größten Teil aus Anpassungen an die aktuellen Gesetzeslagen und Aktualisierung des Zahlenmaterials aufgrund der Controllingergebnisse. Die gesamte RIV ist in die Homepage der Hauptschwerbehindertenvertretung eingestellt. Die Fortschreibung der RIV wird außerdem in Form einer Broschüre erfolgen und der neue Bundesfinanzminister Steinbrück hat hierzu ein Vorwort geschrieben.

*Bodo Feilke*



*Göltzschtalbrücke*

Viele Orte und Straßen sind nicht wieder zu erkennen. Schmucke Häuser, prima Wanderwege und Pisten, mannigfaltige Möglichkeiten für Touristen und Urlauber. So erlebten wir die Vielfalt des Angebots an Spiel, Sport und Spaß im Ferienpark Schöneck, dem landschaftlichen Balkon des Vogtlandes, unweit von Kottenheide, unserem Hotel. Eine Rundfahrt führte uns durchs nahe Erzgebirge, beispielsweise dorthin, wo viele Jahre lang das Betreten nicht überall möglich war und hässliche Halden den Uranbergbau markierten. In Schlehma hat man es geschafft, daraus einen herrlichen Park und ein Radiumbad modernster Art wieder zu erwecken - International inzwischen sehr anerkannt und sogar durch die EU unterstützt. Von der neuen Zeit reden, heißt auch, einen Blick in den kältesten und zugleich vielleicht auch heißesten Ort des Vogtlandes zu tun, nach Morgenröthe-Rautenkranz. Meteorologisch bedingt, oft als Deutschlands Kältepol auf der Wetterkarte ausgewiesen und interessant als Standbein von Wetterfrosch Kachelmann. Heißer Tipp, weil am Geburtsort von Sigmund Jähn ein erstaunlich umfangreiches Weltraummuseum entstanden ist, mit Originalteilen von Raketen und der MIG 21, mit der der erste deutsche Kosmonaut seine Anfangsschritte in die zunächst nähere Lufthülle unternahm. Viele Fotos, Modelle, sogar ein echtes Weltraumklo oder Videofilme zeigen die nicht immer opferfreien, weltweiten, mutigen Bemühungen, mehr zu erfahren über das, was **U n i v e r s u m** heißt. Dabei erfahren wir, dass das Vogt-



land gemessen an den Einwohnern eigentlich die größte Weltraumfahrer-„nation“ sei, denn mit dem Ostdeutschen Sigmund Jähn und dem späteren Westdeutschen, Ulf Merbold, kommen schon zwei Sternenflieger aus diesem Landstrich.

Aber auch irdisch hat das Vogtland noch so Manches zu bieten, wie Floßfahrten in Muldenberg oder das regelmäßige Schlittenhunderennen in Hammerbrück. Auch eine spannende Fahrt auf der Sommerrodelbahn in Mühlleithen haben manch Tapfere von uns gewagt, verständlich, wenn Skiflugweltmeister Klaus Ostwald achtsam diese Bahn betreibt. Auf Europas modernste, einzigartige Großschanze in Klingenthal hatte sich allerdings doch keiner aus unserem Bus getraut. Ging auch nicht, wird noch gebaut, bevor dann im März 2006 die ersten Springer bis 150 Meter weit, windgeschützt und sehr sicher in die Arena fliegen werden, die auch Heimstatt anderer Sportarten und Open Air Veranstaltungen sein wird.

Viel zu schnell vergingen die Tage und unser sicherer Buspilot Volker hatte auf der Heimfahrt sogar Grund an uns Dank zu sagen für die Unterstützung seiner Reiseleitung, denn zwei waschechte „Eingeborene“: eine „Vuchtländerin“ und ein „Arzgebirgler“ waren mit an Bord und bereicherten mit ungewöhnlichen Fakten und Erinnerungen diesen Ausflug in ein empfehlenswertes Feriendyll. Einige wollen **s c h o n**



*Sommerrodelbahn*

wieder hin, im Januar. mal sehen wie das „Haus am Ahorn“ sich als „Haus im Schnee“ macht. Auf der Liste unseres ehrenamtlichen Reiseveranstalters Rolf, einem ehemaligen Zöllner, stehen schon fest gebucht nicht wenige Namen. Der Wirt, übrigens ein beneidenswerter Fußballfan, bereitet gerade für 2007 das weltgrößte Fußballturnier mit 400 Mannschaften im Vogtland vor. Guinnessbuchverdächtig, wie wohl auch seine geplante Erdbeertorte mit über 100 Metern Länge.

Wir dürfen also weiter guten Appetit haben aufs Vogtland und alles, was dazu gehört.....

*Gisela und Wolfgang Zach*



### *Service team - Zoll Potsdam*

*Großbeerenstraße 139  
14482 Potsdam  
Telefon: 0331/7482896  
Fax: 0331/7482898*

# Debeka



## *Wir helfen gern!*

- *Krankenversicherung*
- *Rechtsschutz*
- *Umschuldung*
- *Baufinanzierung*
- *Sachversicherungen*

## Interview mit dem Vorsteher des ZFA Berlin-Brandenburg, RD Siegmund Glanz, aus Anlass seiner Amtsübernahme



**Sie sind mit Wirkung vom 1. August 2005 zum Vorsteher des Zollfahndungsamtes Berlin-Brandenburg bestellt worden. Mit welchen Zielvorstellungen haben Sie das Amt übernommen?**

Es ist mein Ziel, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das ZFA künftig noch effizienter und erfolgreicher arbeiten kann. Deshalb werde ich immer dafür sorgen, dass jede Stelle mit geeignetem Personal besetzt ist, die Kommunikation, die materiellen Rahmenbedingungen und die Zusammenarbeit mit den anderen Behörden vervollkommen wird. Es gilt Prioritäten zu setzen. Der Bekämpfung der schweren und der organisierten Kriminalität hat sich deshalb alles unterzuordnen. Um hierbei erfolgreicher zu werden, müssen die Strukturen im Zollfahndungsdienst flexibler werden. In der Personalführung setze ich auf Fortbildung, Förderung und Erhöhung der Eigenverantwortung. Ich bin der Auffassung, dass Menschen die gern arbeiten, in der Regel auch gut arbeiten und dass zu viel Kontrolle, zu wenig Lob und zu wenig Eigenverantwortung die Kreativität ersticken.

**Sie sind inzwischen rund 100 Tage im Amt, damit ist die allgemein geltende „Schonfrist“ vorbei. Welche Schwierigkeiten mussten Sie bewältigen und wie wurden Sie von den Beschäftigten aufgenommen?**

Von 100 Tagen Schonfrist kann nicht gesprochen werden. Obwohl ich keine Vorkenntnisse zum Aufgabenspektrum der Zollfahndung hatte, galt es, ab dem ersten Tag Entscheidungen zu treffen. Hierbei halfen mir natürlich meine Erfahrungen aus meinen bisherigen Tätigkeiten als Vorsteher und Referent, insbesondere aber meine Mitarbeiter, die mich mit allen notwendigen Informationen bis hin

zur Erläuterung der unzähligen für mich neuen Abkürzungen versorgten. Sehr wertvoll sind für mich Beratung und Abstimmung sowie die monatlichen Sachgebietsleiterbesprechungen, um eine gemeinsame Meinungsbildung zu erreichen. Die Ergebnisse solcher Besprechungen müssen natürlich auch alle erreichen, die mit der Thematik zu tun haben. Aus der Unterstützung der Beschäftigten, insbesondere in meinem engeren Umfeld, schließe ich, das man mir unvoreingenommen die Chance gibt, meine Aufgaben zu erfüllen.

**Die beabsichtigte Reformierung der Bundesfinanzverwaltung macht auch nicht vor dem Zollfahndungsdienst halt. Welche Änderungen erhoffen Sie, um die Effektivität der Zollfahndung zu erhöhen? Ist eine Änderung des Aufgabenzuschnittes erforderlich? Sollten die regionalen Unterschiede stärker in den Strukturen der einzelnen Ämter berücksichtigt werden?**

Strukturveränderungen haben immer das Ziel der Effizienzsteigerung. Leider lässt man neuen Strukturen nicht immer die Zeit zu reifen. Ich hoffe auf die Überwindung zu strenger Strukturen, den Abbau zu hoher Verwaltungsschranken aber auch auf den Erhalt bewährter Praktiken. Es ist nicht notwendig, jede Kleinigkeit einheitlich zu regeln. Die Bedingungen für die Arbeit der Zollfahnder in den einzelnen Bundesländern sind sehr unterschiedlich und erfordern deshalb auch differenziertes Herangehen. Dazu gehört auch mehr Spielraum für Personalentwicklung und Personaleinsatz, vor allem unter dem Gesichtspunkt der fachlichen Befähigung und der charakterlichen Eignung. Außerdem erwarte ich die zeitnahe Beschaffung moderner Informationstechnik und die Möglichkeit, diese umfassend zu nutzen.

**Durch die Umstrukturierungen in der Vergangenheit ist die Zuständigkeit der OFD Cottbus für das ZFA Berlin-Brandenburg aufgehoben worden. Hat sich die direkte Unterstellung zum ZKA bewährt und wie wirkte sich die Abkoppelung von der OFD aus?**

Es gibt nach wie vor noch dienstliche Verbindungen zur ZuVA in Potsdam. Auf der einen Seite ist z.B. die Zuständigkeit der ZuVA bei Kfz-Bewirtschaftung, Bau und Beschaffung geblieben. Andererseits werden aber auch von der OFD die Beziehungen gepflegt, was auch notwendig ist, weil wir eine Zollverwaltung sind und unsere

Aufgaben nur abgestimmt gut erfüllen können. So müssen z.B. viele Fahndungsmaßnahmen mit den Hauptzollämtern, den MKGen und FKS-Guppen, abgestimmt werden, um sich gegenseitig nicht zu behindern bzw. ggf. Einsätze gemeinsam und damit effektiver durchführen zu können. Die Verbindungen sind auch notwendig, um Personalgewinnung und -austausch sinnvoll praktizieren zu können. Die Pflege von persönlichen Kontakten erachte ich als sehr wichtig. Die direkte Unterstellung zum ZKA ist fachlich gesehen sicher sehr wichtig und m.E. richtig. Die große Entfernung ist jedoch manchmal für den Verwaltungsbereich nachteilig.

**Das Jahr 2005 war für alle Vorgesetzten im Hinblick auf die durchgeführten Beurteilungen eine Marathonveranstaltung. Wie stellen Sie sich künftig eine leistungsgerechtere Beurteilung, die auch motivierend wirkt, vor?**

Die Beurteilungsrichtlinien sind fest vorgegeben. Den Beurteilungsvordruck gibt es seit grauer Vorzeit. Geändert haben sich bisher nur die Einführung der Note evdA und das Erstellen der Beurteilung nach einem Hinweiskatalog mit Formulierungshilfen, die die Beurteilungen gerichtsfester machen sollen. Durch diese einheitlichen Formulierungen findet sich der einzelne Beschäftigte jedoch als Persönlichkeit kaum noch wieder. Die leistungsgerechte Beurteilung im Rahmen von Quoten halte ich für problematisch. Wichtig ist jetzt jedoch, dass die Beschäftigten die Regularien der Beurteilungen der Bundeszollverwaltung genau kennen, um die eigene Beurteilungsnote besser einordnen zu können. Bei der Aushändigung von Beurteilungen muss sich der Vorgesetzte die dafür nötige Zeit auch nehmen.



**Welchen Stellenwert nimmt das Zollfahndungsamt Berlin-Brandenburg im Zusammenwirken mit anderen Sicherheitsbehörden bei der Absicherung der Fußball-WM 2006 ein? Welche Maßnahmen sind geplant und wie sollen sich die einzelnen Beschäftigten darauf einstellen?**

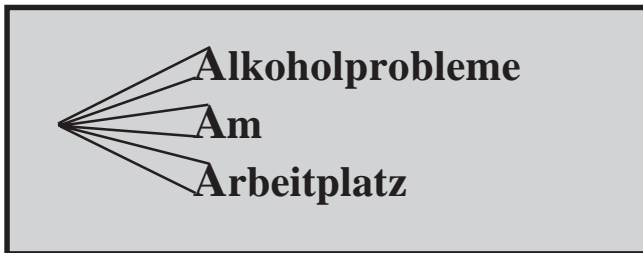
Die Fußball-WM 2006 wird für alle Sicherheitskräfte eine Herausforderung werden, weil auf der einen Seite Sicherheit gewährleistet werden muss und auf

der anderen Seite Verbote und Beschränkungen mit dem weltoffenen und sportlichen Geist der Weltmeisterschaft schwer vereinbar sind. Das heißt, wir müssen unauffällig aus dem Hintergrund Rauschgifthandel, Produktpiraterie, Straßen- und Zigarettenhandel bekämpfen. Diesen Auftrag nehmen wir sehr ernst. Wegen der auch möglichen terroristischen Bedrohung hat das ZKA eine Urlaubssperre für die OEZ und UGZ während der WM 2006 verhängt. Meine Beschäftigten planen ihren Hauptjahresurlaub um die kritische Zeit vom 6. Juni bis 10. Juli 2006 herum, denn im vergangenen Jahr waren im Juni/ Juli rund 50 % des Personals im Urlaub. Bisher gab es nur ganz vereinzelt den Hinweis, dass es wegen der grundsätzlichen Urlaubssperre für den übrigen Bereich (nicht OEZ/UGZ) Probleme geben könnte. Diese werden dann einvernehmlich gelöst. Ich bedanke mich auch hier ausdrücklich bei meinen Mitarbeitern für das Verständnis für diese besondere Situation. Die Abstimmung mit weiteren Zollbereichen, z.B. den MKGen, erfolgt noch. Ein Zusammenwirken mit der Polizei wird es über eine Schnittstelle geben. In einem nationalen Informations- und Kooperationszentrum werden rund um die Uhr zwei Beamte des ZFA und zwei Beamte der OFD Ansprechpartner für alle zollrelevanten Fragen sein.

**Bei der Unterbringung der Spezialeinheiten am Dienstort Teltow gibt es arge räumliche Probleme. Welche Schritte und Maßnahmen sind nach Ihrem Dienststellenbesuch, gemeinsam mit dem Präsidenten des ZKA im September dieses Jahres, unternommen bzw. noch beabsichtigt?**

Die Planung für die räumlichen Veränderungen im Dienstgebäude in Teltow ist abgeschlossen. Um die OEZ ordentlich in der 2. Etage unterzubringen wird ein Teil der Akten der dort untergebrachten Sachgebiete nach Berlin ins Mutterhaus verlagert werden. Die freiwerdenden Räume, inklusive des ehemaligen Vorsteherzimmers, werden dann der OEZ zur Verfügung stehen. Die UGZ bleibt im Wesentlichen in ihren bisherigen Räumen. Das Problem der nicht ausreichenden Garagen ist noch nicht abschließend geklärt. Es wird zurzeit geprüft, ob Kauf oder Miete sinnvoller ist.

*Das Interview führten Andreas Schwenke und Uwe Büttner*



- *Aufklärung*
  - *Verbeugung*
  - *Hilfsangebote*
- Ihre Ansprechpartner:

Eberhard Altmann: 0331/ 2308 - 547  
 Wolfgang Neumann: 030/ 69009 - 450  
 Eberhard Wauer: 0355/ 4763 - 625

## Personalversammlung beim Hauptzollamt Frankfurt (Oder)

Gefüllt bis auf den letzten Platz war am 28. November 2005 die Versteigerungshalle des Hauptzollamtes Frankfurt (Oder) in der Kopernikusstrasse.

Etwa 150 Beschäftigte der Dienststelle und ausgelagerter Sachgebiete aus Frankfurt (Oder), den Bereichen Schwedt und Cottbus waren der Einladung des örtlichen Personalrats beim Hauptzollamt gefolgt. Trotz der nicht gerade optimalen klimatischen Bedingungen haben die Beschäftigten erneut ihr Interesse bekundet, gemeinsam mit der Verwaltung diesen Rahmen der Verständigung und Information, für Fragen, Anregungen und Anträge zu nutzen. Gäste mit Insiderwissen hatte sich der Personalrat eingeladen. Der Oberfinanzpräsident, Herr Ehlert, dessen persönlicher Referent, Axel Werner, der Vorsitzende des Bezirkspersonalrates (Bund) der Oberfinanzdirektion Cottbus, Kollege Wolfgang Fischer und der Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin-



Brandenburg der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ, Kollege Andreas Schwenke, standen für Anfragen und mit eigenen interessanten Beiträgen zur Verfügung. Vorangegangen vor deren Ausführungen war der Tätigkeitsbericht des örtlichen Personalrates. Hier wurde ein kurzer Abriss über die Aktivitäten des letzten halben Jahres gegeben, wurden bereits erzielte Ergebnisse und Erfolge dargestellt, aber auch Kritik an Unzulänglichkeiten geübt. Einen breiten Raum nahmen die Ausführungen des Vorstehers des Hauptzollamtes Frankfurt (Oder), RD Birkemeyer, ein. Auch die Arbeit der Arbeitsgruppe „Mitarbeiterbefragung“ beim Hauptzollamt Frankfurt (Oder) und die dort erarbeiteten 22 Maßnahmen wurden durch den Leiter der Arbeitsgruppe, Kollegen Frank Thiemann, anschaulich dargestellt. Zur Vorbereitung der Personalversammlung hatte der Personalrat an die Gäste einen Themenkatalog übermittelt in dem aktuelle Fragen und Anregungen aus dem Kreis der Beschäftigten enthalten waren: Hier ging es um geplante und realisierte Baumaßnahmen, Standortfragen, Verbeamtung der ehemaligen Beschäftigten der Arbeitsverwaltung, Zukunft der Ämter und Dienststellen und eventuelle Maßnahmen während der Fußball-WM im kommenden Jahr. Zu all diesen Fragen und Problemen standen die Gäste Rede und Antwort. Kollege Schwenke gab zu aktuellen Fragen und Aktivitäten aus Sicht der Gewerkschaft einen umfassenden Überblick. Dank zu sagen für die gute geleistete Arbeit, verbunden mit den besten Wünschen für ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr war nicht nur Anliegen des Personalrates. Dieser Dank und die Wünsche kamen auch von unserem Oberfinanzpräsidenten, dem Vorsteher des Hauptzollamtes, dem Bezirkspersonalrat und der Gewerkschaft BDZ.



*Karl-Heinz Radtke, Vorsitzender des Personalrates beim HZA Frankfurt (Oder), verliest den Tätigkeitsbericht*

## Schöne Bescherung

Nach langen Anläufen war es am 25.11. und 30.11. endlich soweit - mit Wirkung zum 01.12.2005 wurden die ersten 49 Tarifangehörigen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) verbeamtet. Alle hatten sich in Schale geworfen und der kleine Sitzungsraum war aus diesem Anlass festlich mit Fahnen geschmückt worden. Nach den nochmaligen Hinweisen auf die künftigen Rechte und Pflichten eines Beamten durch Herrn Witzel, folgte eine kleine Kunst-



Pause. Da wurde es doch noch mal Einigen mulmig zumute, macht man das Richtige? Viele Fragen blieben noch offen. Erhält man den für Dezember doppelt gezahlten Krankenkassenbeitrag zurück? Wie überbrückt man den Zeitraum von Mitte bis Ende Dezember, da die Beamtenbezüge im Gegensatz zu den Tarifgehältern erst zum Ende des Monats gezahlt werden? Wie wird das Weihnachtsgeld für Beamte mit der bereits gezahlten Sonderzahlung für Tarifangehörige verrechnet? Alle Ängste waren vergessen als dann der Vorsteher erschien. Er verlas die Dienstführungsverhandlung - und jetzt wurde es ernst – Die Vereidigung! Wesentlich erleichtert und in guter Stimmung wurde anschließend jeder „Neubeamter/in“ einzeln aufgerufen und unterschrieb seinen Neuanfang. Wir, der örtliche Personalrat des Hauptzollamtes Berlin, möchten hier noch einmal unseren Glückwunsch zu dieser gelungenen Bescherung aussprechen!

*Diana Pischke*

Das sind Ihre Ansprechpartner des BDZ-Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg:  
(auch auf unserer Homepage: [www.bdz-bb.de](http://www.bdz-bb.de))



Andreas Schwenke

Vorsitzender

Schwenke,  
Andreas

OFD Cottbus, HZA Frankfurt/Oder  
(0335) 563 - 0610  
Gesch.-St.: (0335) 28 49 732  
Fax: (0335) 28 49 839 o.  
ZuVA Potsdam  
(0331) 64 61 - 593  
Fax: (0331) 64 61 - 599  
E-mail: [post@bdz-bb.de](mailto:post@bdz-bb.de)



Katrin Janus

Stellv. Vors.

Janus,  
Katrin

OFD Cottbus, HZA Berlin, FKS  
(030) 74 307 - 3311



Bodo Brandt-Chollé

Stellv. Vors.

Brandt-Chollé,  
Bodo

ZKA Köln, ZFA Berlin-Brandenburg  
(030) 69 583 - 420

Stellv. Vors.

Büttner,  
Uwe

OFD Cottbus, ZuVA Potsdam  
(0331) 64 61 - 594



Uwe Büttner

Stellv. Vors.

Fischer,  
Wolfgang

OFD Cottbus, ZuVA Potsdam  
(0331) 64 61 - 596

Erster Rechnungsführer

Muskowitz,  
Maria

OFD Cottbus, HZA Frankfurt/Oder  
(0335) 28 49 732

Zw. Rechnungsführer

Felsch,  
Rita

ZKA Köln, Ref. IV 2/2 Berlin  
(030) 50 010 - 421

Erster Schriftführer

Kulus,  
Michael

OFD Cottbus, HZA Berlin  
(030) 69 009 - 220

Zweiter Schriftführer

Wolf,  
Andreas

ZKA Köln, ZFA Berlin-Brandenburg  
(030) 69 583 - 228



Wolfgang Fischer

Beitrittserklärung zum BDZ  
Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft  
Mitglied im dbb-beamtenbund und tarifunion



Dienststelle: \_\_\_\_\_

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum BDZ mit Wirkung vom \_\_\_\_\_ .

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Amtsbez.: \_\_\_\_\_ geb. am: \_\_\_\_\_

Wohnanschrift: \_\_\_\_\_

Kenn-Nr. bei der Besoldungsstelle: \_\_\_\_\_

Mit der Einbehaltung des Mitgliedsbeitrages von meinen Bezügen durch das Bundesamt für Finanzen - Bundesbesoldungsstelle- bin ich einverstanden.

Meine Daten werden - nur für interne Zwecke - in Datenverarbeitungsanlagen gespeichert.

Ich gehöre einer anderen Gewerkschaft an: ja / nein

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

### Änderungsanzeige

An den Bezirksverband  
Berlin-Brandenburg  
über den  
**Ortsverband:** \_\_\_\_\_

**Name:** \_\_\_\_\_ **Vorname:** \_\_\_\_\_

**geb. am:** \_\_\_\_\_

**Umzugsmeldung:**

Alte Anschrift: \_\_\_\_\_

Neue Anschrift: \_\_\_\_\_

**Namenswechsel:**

Alter Name: \_\_\_\_\_

Neuer Name: \_\_\_\_\_

